EU: Adäquate Reaktion auf Vogelgrippe

Seuche in Niederlanden und Großbritannien festgestellt.

Brüssel. Winterzeit ist Grippezeit – und das nicht nur bei Menschen, sondern auch bei Geflügel. Am Wochenende haben niederländische Gesundheitsbehörden in einem Bauernhof in der Ortschaft Heckendorp im Süden des Landes einen Ausbruch der Vogelgrippe diagnostiziert – bei dem Erreger handelt es sich demnach um den Stamm H5N8, der auch auf Menschen übergreifen kann. Am gestrigen Montag wurde ein Ausbruch der Vogelgrippe in einem britischen Entenzuchtbetrieb in der Grafschaft East Yorkshire vermeldet.

Aus der Perspektive der Europäischen Union haben die britischen und niederländischen Behörden adäquat reagiert. „Wir können das Verhalten der beiden Mitgliedstaaten nur loben", sagte der Sprecher von EU-Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis gestern in Brüssel. In den Niederlanden wurden 150.000 Legehennen getötet, zudem verhängten die Behörden am Sonntag ein dreitägiges Transportverbot für Geflügel, Eier, Dung und gebrauchte Streu für das ganze Land. Ebenfalls verhängt wurde eine Quarantänezone im Umkreis von zehn Kilometern um die betroffenen Farmen.

Vor knapp zwei Wochen war in Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland der aus Asien stammende Erreger des Subtyps H5N8 aufgetaucht. Dieser Subtyp wurde auch in den Niederlanden nachgewiesen, für Großbritannien gab es zunächst noch keine Bestätigung. Voraussichtlich am Donnerstag sollten Experten aus den 28 EU-Staaten über die Lage und die weitere Vorgangsweise beraten.

In China richtet die Vogelgrippe immer wieder große wirtschaftliche Schäden an. Die letzte größere Epidemie wurde im Vorjahr vermeldet – die Einbußen in der Geflügelzucht wurden damals auf rund fünf Mrd. Euro beziffert. Zudem steckten sich 130 Menschen mit der Vogelgrippe an. (ag./red.)

Niederlande. Den Haag lockt vermögende Personen aus dem Showbusiness und Großkonzerne mit günstigen Vereinbarungen. Für Normalbürger sind die Niederlande aber eine Steuerhölle.

Steuerparadies für Bono und Rolling Stones

Von unserem Korrespondenten
HELMUT HETZEL

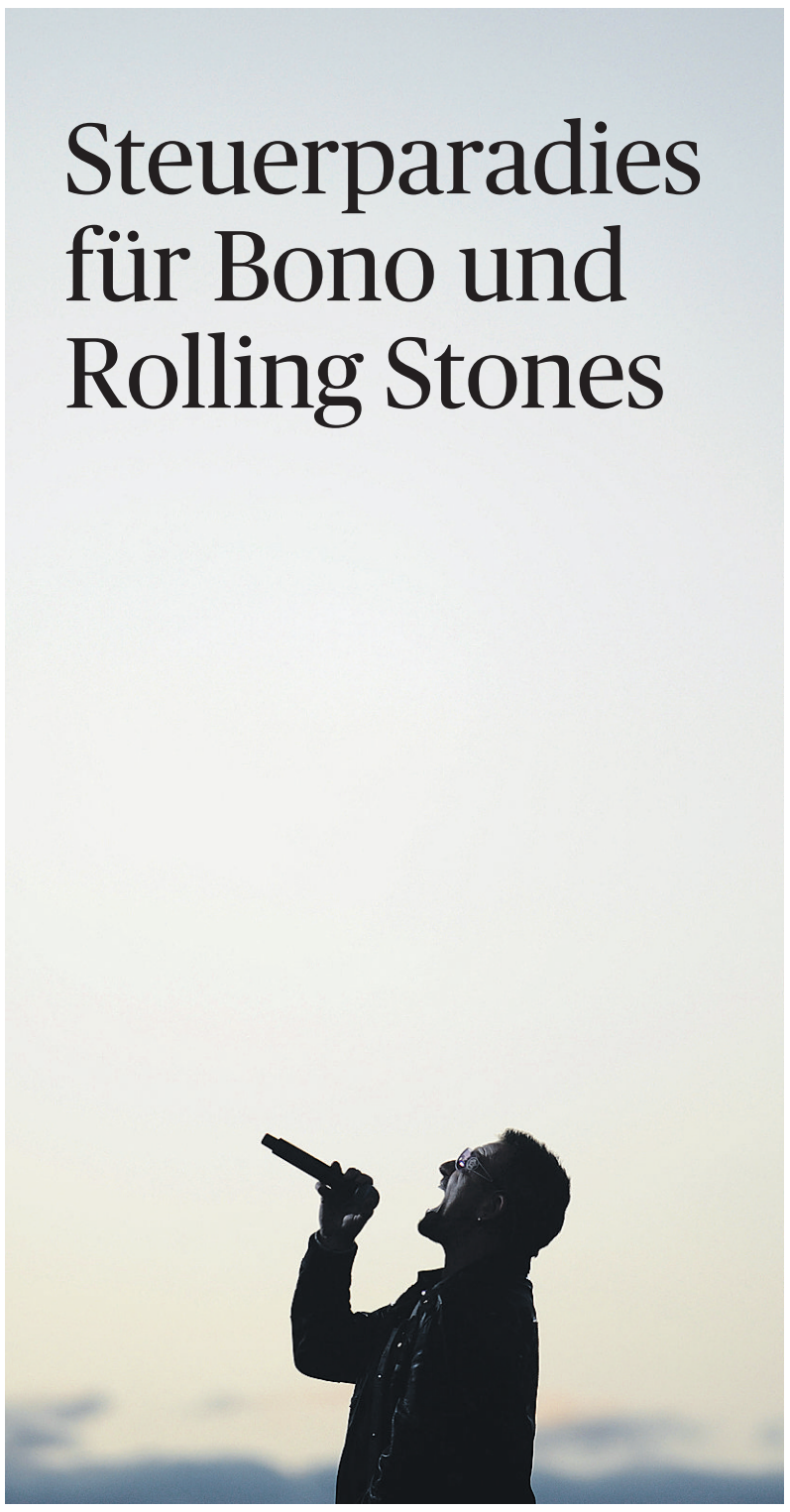
Den Haag. Die Wettbewerbshüter der Europäischen Kommission haben derzeit alle Hände voll zu tun. Nach Luxemburg (Lux-Leaks) und Belgien sind auch die Niederlande wegen ihrer Steuerpraktiken in der Kritik – nicht zuletzt wegen des Deals mit dem Kaffeehausriesen Starbucks, der nach Ansicht der Kommission wegen unzulässiger Vorzugsbehandlung illegal sein könnte: So soll Starbucks in die Lage versetzt worden sein, Umsätze aus anderen Ländern in eine niederländische Tochter zu verschieben, bei der niedrigere Steuersätze anfallen. („Die Presse" berichtete).

Die Niederlande sind für Multinationals das heimliche Steuerparadies in Europa – hängen das aber nicht an die große Glocke. Großkonzerne oder sehr vermögende Privatpersonen können Vorabvereinbarungen, so genannte Rulings, mit den Steuerbehörden treffen, um wenig oder gar keine Steuern zahlen zu müssen. Nach Angaben des niederländischen Rechnungshofs wurden allein in diesem Jahr bereits 669 solcher Rulings abgeschlossen. Um welche Beträge es dabei geht, ist ungewiss. Sie dürften aber das Volumen von mehr als 100 Milliarden Euro übersteigen, ist in Amsterdamer Finanzkreisen zu hören.

23.500 Briefkastenfirmen

An der noblen Amsterdamer Herengracht und im Stadtteil Zuid rund um das World Trade Center, nur einen Katzensprung von Europas viertgrößtem Flughafen Schiphol entfernt, residieren schätzungsweise 23.500 Briefkastenfirmen aus aller Welt, die vom Ruling oder dem Holland Routing, wie es im Land selbst genannt wird, Gebrauch machen.

Die bekanntesten Superstars aus dem musikalischen Showbusiness, die die Niederlande als Steueroase nutzen, sind: die Rolling Stones, David Bowie – und auch U2-Sänger Bono, der sich sonst stets für die Armen in der Welt einsetzt, dem Fiskus aber sein Geld nicht gönnt. Sie alle lassen ihre Einkünfte über die Niederlande buchen, weil dort für Copyright-Einnahmen aus geistigem Eigentum – also für ihre Songs – keine Steuern bezahlt werden müssen.



U2-Sänger Bono nützt die günstigen Steuervereinbarungen in den Niederlanden. [EPA]

Gleiches gilt für Erlöse aus Lizenzen. Auch Dividendeneinnahmen von in den Niederlanden ansässigen Tochterunternehmen von Multinationals sind nicht steuerpflichtig.

Die Körperschaftsteuer für Unternehmen ist mit 25 Prozent in den Niederlanden im internationalen Vergleich relativ niedrig. Das macht das Land als Standort für Unternehmen attraktiv. Zum Vergleich: Ein Angestellter, der brutto mehr als 50.000 Euro jährlich verdient, wird mit 52 Prozent vom Fiskus belastet und muss zusätzlich noch enorm hohe lokale Steuern zahlen. Für den Normalbürger sind die Niederlande also kein Steuerparadies, sondern viel eher eine Steuerhölle. Auch die Supermultis Apple, Google, Microsoft, Ikea, Wal-Mart, Samsung und Chevron nutzen das Holland Routing, um Steuern zu sparen. Ikea hat sogar seinen juristischen Hauptsitz in die Niederlande verlegt.

90 Mrd. Dollar gespart

Die anderen Großkonzerne haben – wie etwa 500 weitere US-Firmen – Briefkasten-Niederlassungen in den Niederlanden.

Nach Angaben der US-Zeitschrift „Fortune" haben US-Unternehmen durch die Vorabvereinbarungen mit den niederländischen Steuerbehörden im vergangenen Jahr rund 90 Milliarden Dollar weniger an Steuern an den US-Fiskus zahlen müssen. Präsident Barack Obama ließ die Niederlande auf

> „Ich glaube nicht, dass es im allgemeinen Interesse ist, dass Konzerne nirgendwo Steuern zahlen, indem sie Gewinne und Kosten verschieben.
>
> Jeroen Dijsselbloem
> Niederländischer Finanzminister

dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise 2009 sogar auf die schwarze Liste der Steueroasen in der Welt setzen: Daraufhin reiste eine hochkarätige Regierungsdelegation nach Washington, der es gelang, die Amerikaner davon zu überzeugen, die Niederlande wieder von dieser Liste zu streichen. Auch eine erste Untersuchung der Kommission, die im vergangenen Frühsommer begonnen hatte, verlief zunächst im Sand und wurde von der Haager Regierung hinter den Kulissen clever ausgebremst.

Nach der Enthüllung der Luxemburger Steueraffäre aber dürfte auch in Den Haag ein Umdenken stattfinden – zumindest lässt Finanzminister Jeroen Dijsselbloem das vermuten: Er bekundete zuletzt Unterstützung für den Vorschlag von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, einen Informationsaustausch der EU-Länder zu den umstrittenen Steuerabsprachen mit Firmen einzuführen. „Ich glaube nicht, dass es im allgemeinen Interesse ist, dass multinationale Konzerne nirgendwo Steuern zahlen, indem sie Gewinne und Kosten verschieben", sagte er.

NACHRICHTEN

Forschungsausgaben: Österreich in EU spitze

Österreich lag im Vorjahr bei den Forschungsausgaben im Spitzenfeld der EU. Der EU-Durchschnitt lag bei 2,02 Prozent des BIPs. Österreich kam auf 2,81 Prozent und rangierte damit hinter Finnland (3,32 %), Schweden, Dänemark und Deutschland auf Platz fünf unter allen 28 Ländern, geht aus am Montag veröffentlichten Daten von Eurostat hervor. In der gesamten EU beliefen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in absoluten Zahlen auf 273,46 Mrd. Euro. Österreich lag bei 9,1 Mrd. Euro.

Renzi: Briten-Austritt wäre „Desaster"

Der italienische Ministerpräsident Renzi glaubt, dass der Austritt Großbritanniens aus der EU ein „Desaster" wäre, „für Europa, aber auch für Großbritannien". Der britische Premier Cameron hat für 2017 ein Referendum über die Mitgliedschaft in der EU angekündigt.

Private finanzieren Rettungsboote im Mittelmeer

Flüchtlinge. Ein US-italienisches Ehepaar zahlt für den Betrieb eines Hightech-Bootes samt Crew 450.000 Euro im Monat und bittet um zusätzliche Spenden. Die Flüchtlingswelle reißt trotz des schlechten Wetters nicht ab.

Rom/Wien. Seit Beginn der neuen EU-Flüchtlingsmission Triton am 1. November hagelt es Kritik von allen Seiten: Trotz der anhaltenden Migrationswelle aus den nordafrikanischen Staaten über das Mittelmeer steht der Operation nur ein Drittel der monatlichen finanziellen Mittel zur Verfügung, die die nun eingestellte italienische Mission Mare Nostrum hatte, nämlich drei Millionen Euro. Zudem steht Triton unter dem Mandat von Frontex, ist also in erster Linie nicht für die Rettung von Menschenleben, sondern für die europäische Grenzüberwachung zuständig und darf nur bis etwa 30 Seemeilen vor der italienischen Küste patrouillieren.

Hilfe für Flüchtlinge in Seenot kommt deshalb zunehmend auch von privaten Investoren, die teure Rettungsaktionen mitfinanzieren – wie das US-italienische Ehepaar Christopher und Regina Catrambone. Die beiden sind die bisherigen Hauptgeldgeber der wichtigsten Rettungsmission von Moas, einer maltesischen NGO. In der vergangenen Woche startete Moas einen Spendenaufruf, um das Überleben der Mission zu sichern. Die Catrambones könnten die alleinige Finanzierung des dafür nötigen Hightech-Rettungsbootes nicht länger bewältigen: 450.000 Euro im Monat koste das 40 Meter lange Boot Phoenix mit zwei Drohnen und einer 18-köpfigen Crew die beiden Eheleute, sagte ein Sprecher der NGO. Die Phoenix hat den Angaben zufolge seit ihrer Inbetriebnahme Ende August 1451 Flüchtlinge an Bord geholt und der italienischen Marine bei der Rettung von rund 1400 weiteren Flüchtlingen geholfen. Die Anschaffung des Bootes und die Finanzierung von drei je 20-tägigen Einsätzen im Mittelmeer wurden komplett von den Catrambones bezahlt.

„Wir wollen andere dazu einladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen", erklärte Regina Catrambone. Einige Hilfswillige hätten zwar schon Geld überwiesen, „aber wir müssen noch mehr Partner finden, die ebenfalls Leben retten wollen".

Hightech-Rettungsboot Phoenix, finanziert von einem vermögenden Ehepaar US-italienischer Herkunft. [Reuters]

Die Catrambones hatten sich nach zwei Flüchtlingstragödien vor Malta und der italienischen Insel Lampedusa im Oktober 2013 zu dem aufwendigen Hilfsprojekt entschlossen.

155.000 Migranten seit Jänner

Die Flüchtlingswelle Richtung Italien hält derzeit trotz des schlechten Wetters an. Allein am vergangenen Wochenende sind über 2200 Flüchtlinge gerettet worden, berichtete die Marine.

2014 haben schon über 155.000 Migranten Italien erreicht; im gesamten Jahr 2013 waren es nur 43.000. Allein im ersten Halbjahr 2014 wurden in Italien 65.000 Asylanträge eingereicht, im Vergleichszeitraum 2013 waren es 8000. (ag.)

http://www.moas.eu/whoweare.html